



ANGENOMMEN

DE

Übersetzung aus dem Englischen,
Sprachendienst ÖRK

Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten

*„Sie sagen: ‚Friede! Friede!‘, und ist doch nicht Friede.“ Jeremia 6,14/8,11
„Seid getrost, ich bin’s; fürchtet euch nicht!“ Matthäus 14,27*

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) versteht den Nahen Osten als den Ort der historischen Wiege unseres Glaubens, wo Jesus Christus geboren wurde, gekreuzigt wurde und auferstanden ist. Die weltweite ökumenische Gemeinschaft war schon immer bestrebt, sich in aktiver Solidarität mit den Christinnen und Christen im Nahen Osten zu engagieren, die in den multireligiösen Kontexten ihrer Heimatländer in Fortsetzung einer ungebrochenen Linie des christlichen Glaubenszeugnisses leben und in bedeutender Weise zur lebendigen Vielfalt und zur Entwicklung ihrer Gesellschaften beitragen.

Aufbruch, gewalttätiger Extremismus, der Religion als Rechtfertigung anführt, andauernde militärische Besatzungen, Diskriminierung und systematische Menschenrechtsverletzungen, Wirtschaftskrisen und Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit und weitere Faktoren haben zu einer existenziellen Krise beigetragen, die alle in der Region betrifft. Ganz besonders hart aber trifft sie vulnerable Gemeinschaften, zu denen auch die christlichen Gläubigen zählen, die mit Vertreibung und Massenmigration konfrontiert sind.

Auf dieser 11. ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe, Deutschland, **unterstreichen** wir die Bedrohung der Zukunft der indigenen christlichen Gemeinschaften und aller Menschen im Nahen Osten. Wir **bekräftigen**, dass gleiche Rechte, einschließlich Staatsangehörigkeit, Gerechtigkeit und Würde für alle, ohne Diskriminierung aufgrund von Religion oder ethnischer Zugehörigkeit, das beste Mittel zur Abwendung dieser Gefahr sind. Wir **bekennen uns** zu den Grundsätzen, an denen sich unsere ökumenische Antwort in der Region nach wie vor ausrichtet: „Gottes Gerechtigkeit und Liebe für die ganze Schöpfung, die Grundrechte aller Menschen, die Achtung der Menschenwürde, Solidarität mit den Bedürftigen und Dialog mit Menschen anderen Glaubens“ (Zentralausschuss, Februar 2011).

Bedauerlicherweise stellen die Lebensrealitäten vor Ort in verschiedenen Ländern im Nahen Osten diese Vision in Frage.

In Palästina/Israel gibt es eine weitere Welle gewaltsamer Vertreibungen von Palästinenserinnen und Palästinensern aus ihren Häusern – einige schon mehrfach seit 1948 –, beispielsweise in Sheikh Jarrah, Silwan, in den Bergen im Süden von Hebron und in der restlichen Zone C. Die sich ausdehnenden israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, aber insbesondere jene rund um Ostjerusalem, sind völkerrechtswidrig und drohen, zu grundlegenden demografischen und politischen Veränderungen in der Region zu führen. Außerdem wurde damit die praktische Perspektive auf eine

Zweistaatenlösung derart untergraben, dass dieser Weg zu einem gerechten Frieden immer unwahrscheinlicher erscheint.

Die Ausdehnung der Siedlungen und die gestiegene militärische Präsenz, die damit einhergeht, haben das Leid der palästinensischen Gemeinwesen verstärkt. Die Beanspruchungen und Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und palästinensischem Eigentum und auch die systematischen Belästigungen und Aggressionen durch Siedlerinnen und Siedler (insbesondere als die Schutzfunktion der internationalen Besucherinnen und Besuchern während der COVID-19-Pandemie ausblieb) nehmen zu.

Im Gazastreifen eskalierte erst kürzlich wieder eine Spirale der Gewalt. Der ÖRK verurteilt jegliche derartige tödliche und zerstörerische Gewalt kategorisch, unabhängig davon, ob sie von den israelischen Streitkräften oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen verübt wird. Die Situation in Israel/Palästina kann nicht durch die Anwendung von Gewalt gelöst werden, sondern nur auf friedlichem Weg in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Wir bekräftigen das rechtmäßige Existenzrecht des Staates Israel in der internationalen Staatengemeinschaft und erkennen seine legitimen Sicherheitsbedürfnisse an. Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung, und dass sowohl die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel seit 1967 als auch der Bau der Siedlungen und deren Ausweitung auf die besetzten Gebiete völkerrechtswidrig sind und beendet werden müssen. Wir glauben, dass die Sicherheit sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die Israelis nur durch ein Ende der Besetzung und durch eine gerechte, umfassende und langfristige Friedensvereinbarung gewährleistet werden kann.

Im Juni 2022 verlautbarte der ÖRK-Zentralausschuss, dass die „Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung [...] offenkundig und systematisch [ist], und die andauernde und seit einem halben Jahrhundert bestehende Besetzung [...] für null und nichtig [erklärt], dass die palästinensische Bevölkerung, die in diesem System der Kontrolle lebt, die gleiche Menschenwürde und die gleichen Menschenrechte wie alle anderen hat, während die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegeln“. Das kürzliche Verbot von mehreren palästinensischen Menschenrechtsorganisationen durch die israelischen Behörden ohne jeden wirksamen Widerspruch der internationalen Gemeinschaft ist symbolhaft für dieses System der Kontrolle und diese Doppelmoral. Für die palästinensische Bevölkerung verschärft sich die Situation leider durch schwerwiegende Fehler der palästinensischen Behörden, einschließlich der Vergeltungsmaßnahmen gegen Oppositionsführende und der fehlenden Rechenschaftspflicht und demokratischen Verantwortung.

Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf eine „Apartheid“ unter dem Völkerrecht hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen einige Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er beschreibe die Lebensrealität der Menschen in Palästina/Israel sowie das Verständnis nach dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, als nicht sachdienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. Wir müssen uns weiter mit dieser Angelegenheit befassen und gleichzeitig auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten. Wir beten, dass der ÖRK auch weiterhin ein sicherer Ort für Gespräche und Zusammenarbeit für seine Mitgliedskirchen in ihrem Streben nach Wahrheit und ihrem Engagement für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region sein möge.

Mehr denn je hören wir mit Blick auf die besondere Situation der Christinnen und Christen in Israel/Palästina Appelle von Kirchenoberhäuptern aus dem Heiligen Land, die von zunehmenden Einschüchterungen, Übergriffen, Einschränkungen des Zugangs zu Gotteshäusern und Angriffen durch radikale Israelis und Behörden berichten. Diese Vorgehen richten sich gegen die christliche Präsenz und Identität in Jerusalem und gefährden den Status Quo und die multireligiöse und multikulturelle Identität der Stadt.

An anderen Orten im Nahen Osten, wie zum Beispiel in Syrien nach dem sogenannten „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011 und im Irak nach der Invasion von 2003, wurden die Menschen Opfer von Konflikten, Kriegen und Stellvertreterkriegen, geopolitischem Druck, Sanktionen und internationalen Interventionen, gewalttätigem religiösem Extremismus, groben Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie Wirtschaftskrisen. Dies führte zu zusätzlichen Belastungen für das bereits geschwächte soziale Gefüge, Sozialkapital und Vertrauen und ebnete den Weg für Hass und für dämonisierende und entmenschlichende Narrative über andere, gestützt auf ausgrenzende Konstruktionen der kollektiven nationalen Identitäten.

Außerdem stellten verschiedene Berichte der Vereinten Nationen fest, dass Dürren (aufgrund des Klimawandels) eine der treibenden Kräfte für den Ausbruch des Konflikts in Syrien darstellten. Nach zehn Jahren Krieg, der bereits eine zerstörerische Wirkung auf die landwirtschaftliche Infrastruktur hatte und landwirtschaftliche sowie Hirtengemeinschaften vertrieben hatte, verwandelt die derzeitige extreme Dürre Syrien in einen neuen Klima-Hotspot. Darüber hinaus wurde der Irak unter den Ländern, deren staatliche Strukturen aufgrund des Klimawandels vom Zusammenbruch bedroht sind, an die fünfte Stelle gesetzt, da es von hochschnellenden Temperaturen, intensiveren Dürren, Wasserknappheit, häufigen Sand- und Staubstürmen und Überschwemmungen heimgesucht wird. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel beeinträchtigen die Region erheblich und müssen angemessen angegangen werden.

Ein erfolgreiches Leben in Würde und Sicherheit kann in beiden Ländern nur im Rahmen eines Rechtsstaates, territorialer Einheit und durch die Souveränität der politischen, gerichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen erreicht werden. Ein langfristiger Frieden ist nur möglich, wenn er sich auf die Werte Gerechtigkeit, gleichberechtigte Staatsbürgerschaft und gleiche Menschenrechte für alle stützt.

Wir schätzen die Möglichkeiten, die diese Vollversammlung uns für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und der christlichen Solidarität mit unseren Schwestern und Brüdern aus dem Nahen Osten bietet, und begrüßen die Gelegenheiten für intensive ökumenische Gespräche und Konsultationen auf dem Weg hin zu gerechtem Frieden in der Region.

Die 11. Vollversammlung des ÖRK *spricht* das klare Bekenntnis der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft *aus*, unsere Unterstützung für die Kirchen im Nahen Osten, den Kirchenrat im Nahen Osten sowie die Partner, die aus dem Glauben heraus handeln, und die zivilgesellschaftlichen Partner zu stärken und die Zusammenarbeit mit ihnen zu fördern, um einen gerechten und nachhaltigen Friedens in der Region umzusetzen.

Die 11. Vollversammlung formuliert insbesondere die folgenden Aufrufe:

- Die Mitglieder der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft mögen die Stimmen und wiederholten Appelle der Kirchen und christlichen Gemeinschaften in der Region hören und sie im Gebet und durch Taten begleiten.
- Alle Mitgliedskirchen, denen ein anhaltender Friede und Sicherheit im Nahen Osten ein Anliegen ist, mögen sich aktiv an Bestrebungen für einen Dialog mit allen Seiten beteiligen, um eine Lösung zu finden, die die Menschenrechte achtet und gleiche Staatsbürgerschaft für alle in der Region lebenden Menschen umfasst.
- Die weltweite ökumenische Kirchengemeinschaft möge sich beraten und Gedanken machen über alternative Strategien, Perspektiven und umfassende Lösungen für Palästina/Israel, bei denen alle Menschen vor dem Gesetz die gleichen Rechte haben, im Gegensatz zum aktuellen System von Kontrolle, Ausgrenzung und Diskriminierung.

- Der ÖRK möge die Auswirkungen der kürzlich veröffentlichten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International untersuchen, diskutieren und erörtern und die Leitungsgremien mögen angemessen darauf reagieren.
- Der ÖRK, seine Mitgliedskirchen und Partner mögen die lebenswichtige und wertvolle Arbeit der ÖRK-Programme in der Region unterstützen und aufrechterhalten, beispielsweise das Verbindungsbüro in Jerusalem, das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) und das Ökumenische Forum für Israel/Palästina, und mögen mehr Mitglieder des ÖRK, lokale Kirchen, christliche Gemeinschaften und Partner anderen Glaubens miteinbeziehen.
- Der ÖRK möge sein neu geschaffenes Querschnittsprogramm zu Rassismus ausweiten, damit es auch den Nahen Osten miteinschließt.
- Im Rahmen seiner gegenwärtigen Programmarbeit und in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedskirchen im Nahen Osten möge der ÖRK seine Bestrebungen verstärken, Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben von Gesellschaften auszuarbeiten, die einen Krieg erlebt haben, die allen Menschen die gleiche Staatsbürgerschaft, die gleichen Menschenrechten und die gleiche Würde zusprechen.
- Der ÖRK möge in den vielfältigen multireligiösen und multikulturellen Gesellschaften der Region Begegnungen und Dialog fördern; insbesondere in Syrien und im Irak, um zu helfen, die religiöse, ethnische und kulturelle Vielfalt dieser Länder zu schützen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.
- Die internationale Gemeinschaft möge zur Aufhebung der einseitigen Sanktionen gegen Syrien aufrufen, die nur der Bevölkerung schaden anstatt ihre ausgesprochenen Ziele zu erreichen.
- Die Regierung Israels möge die Blockade von Gaza aufheben.
- Alle christlichen Schwestern und Brüder mögen zusammen beten für die Freilassung und die sichere Rückkehr des syrisch-orthodoxen Erzbischofs Johanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Bulos Jasidschi, die vor über neun Jahren entführt wurden. „Diese geliebten Bischöfe sind zu Symbolfiguren für all die unrechtmäßig festgehaltenen, gefolterten und unter Gewaltanwendung verschwundenen Menschen geworden.“ (ÖRK-Pressemitteilung, April 2022)
- Die weltweite ökumenische Kirchengemeinschaft möge gemeinsam für die Menschen im Nahen Osten beten, einschließlich der Menschen im Libanon, die unter sehr schwierigen Lebensbedingungen leiden.